

Heizen muss für MargaretnInnen leistbar bleiben!

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2021 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, dass die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Leonore Gewessler BA, und der Herr Bundesminister für Finanzen, Dr. Magnus Brunner LL.M, ihrer Verantwortung nachkommen und dafür Sorge tragen, dass die enorme Teuerung bei Strom- und Heizkosten durch eine Halbierung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas (befristet auf ein Jahr), ausgebremst wird.

Begründung

In Österreich liegt die Inflationsrate derzeit bei ca. 3,8 Prozent und erreichte damit den höchsten Wert seit 13 Jahren. Vor allem verantwortlich dafür sind die enormen Preissteigerungen bei Strom, Gas und vor allem Heizöl (61 Prozent).

Von diesen explodierenden Kosten für das Heizen sind BezieherInnen kleiner und mittlerer Einkommen in Margareten sehr hart betroffen. Schon vor der Pandemie, mit dem mittlerweile vierten Lockdown in Margareten, lag der durchschnittliche Bruttojahresbezug pro Arbeitnehmer in Margareten mit ca. 29.500 Euro deutlich hinter dem Wiener Durchschnitt mit ca. 33.500 Euro. Noch deutlicher sieht man die Unterschiede, wenn man unsere Nachbarbezirke Wieden mit ca. 39.000 Euro und Mariahilf mit ca. 35.500 Euro mit Margareten vergleicht. <https://de.statista.com/statistik/info/unser-research>

Viele MargaretnInnen können bzw. werden sich das Heizen in diesem Winter kaum noch leisten. Laut der Arbeiterkammer Österreich muss mit bis zu 500 Euro Mehrkosten für Familienhaushalte bei Strom und Gas im Jahr 2022 gerechnet werden.

Die von Türkis – Grüne neue CO2 Besteuerung, ab Juli 2022, sieht zwar keine Abschaffung des Diesel Privilegs vor, aber wird einen weiteren Anstieg der Heizkosten, etwa bei Öl-Heizungen in Margareten, mit sich bringen. Diese Mehrkosten werden derzeit nicht die Vermieter, sondern die Margaretn MieterInnen zu stemmen haben.